

Der Schein trügt

Im Jahre 1922 rauschte Deutschland in eine Inflation, die Generationen traumatisierte. Selbst die „bessere Gesellschaft“ verhungerte still. Ein Jahrhundert später droht eine neue Wirtschaftskrise

Von Kerstin Decker

Am 23. Juni 1922 hielt Karl Helfferich, Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei, im Reichstag eine Rede: „Die Politik der Erfüllung“ - des Versailler Vertrages - „hat uns, das will ich einmal kurz zusammenfassen, die furchtbare Entwertung des deutschen Geldes gebracht, hat unseren Mittelstand zermalmt, hat zahllose Menschen und Familien in Not und Elend gebracht ...“

Vielleicht wird mancher hier aufmerken: Die furchtbare Entwertung der Mark, die Vernichtung des gesamten deutschen Mittelstands - war das alles nicht erst ein Jahr später, nicht im Sommer 1922, sondern im Herbst 1923, als das tägliche Brot plötzlich nur noch in Milliarden zu bezahlen war, als selbst Angehörige der „besseren Gesellschaft“ still in ihren Wohnungen verhungerten? Die Inflation ist ein großer Gleichmacher, nach unten. Zeitungen berichteten Geschichten wie diese: Eine Berlinerin ging mit einem Korb voller Geld einkaufen, sie stellte den Korb nur ganz kurz ab, und als sie ihn wieder aufheben wollte: war der Korb weg. Aber das Geld war noch da!

Arm dran war ohnehin, wer noch welches hatte. Straßenbahnfahrtscheine waren als Währung längst viel akzeptierter. Ein Dollar kostete am Ende 4,2 Billionen Mark. Da hatten gewitzte Sparkassen schon längst auf Roggen als Basis umgestellt. Egal was, aber was Reelles! Und die Konten wurden in Zentnern geführt.

Es ist schon richtig, solche Humoresken des Elends hätte der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei im Sommer vor 100 Jahren noch nicht berichten können, aber alle Symptome dessen, was sich so tief ins Gedächtnis der Deutschen einbrennen sollte, ja in die Überlieferung fast jeder Familie, waren bereits vollständig versammelt. Und jetzt, genau 100 Jahre später, stecken wir wieder in einer Inflation?

Bereits im letzten Herbst verfolgte man hierzulande mit größerer Besorgnis als anderswo die Prognosen über die kommende Teuerung. Dass sie kommt, war klar, an den Ukraine-Krieg als Treiber dachte noch keiner. Trotzdem misstrauten die Deutschen den Sachverständigen, die meinten: Das ist nichts weiter, und vor allem gleich wieder vorbei. Das haben sie vor 100 Jahren auch gesagt.

Nein, 1922 sagten sie es nicht mehr.

„Kein Volk der Welt hat etwas erlebt, was dem deutschen 1923-Erlebnis entspricht“, resümierte der Publizist Sebastian Haffner: „Den Weltkrieg haben alle erlebt, die meisten auch Revolutionen, soziale Krisen, Streiks, Vermögensumschichtungen, Geldentwertungen. Aber keins die phantastische, groteske Übersteigerung von allem auf einmal, die 1923 in Deutschland stattfand.“ Manche Historiker wundern sich noch immer, dass die Weimarer Republik nicht schon 1923 unterging.

Aber zu Grabe getragen wurde sie im Grunde schon unmittelbar nach Helfferichs Rede, denn am nächsten Vormittag, am 24. Juni 1922, erschossen junge Männer aus dem Bürgertum den deutschen Außenminister Walther Rathenau in der Berliner Königsallee, unweit von dessen Wohnhaus. Im Reichstag kam es bei Bekanntwerden der Nachricht zu Tumulten. Wiederholt wurde Helfferich „Mörder“ genannt.

Rathenau war der eigentliche Adressat von Helfferichs Brandrede am Vortag gewesen, und jeder hatte das verstanden. Der Sohn des AEG-Gründers Emil Rathenau stand wie kein anderer für das, was man damals „Erfüllungspolitik“ nannte.

Es gab wahrscheinlich niemanden im damaligen Deutschland, der die Forderungen des Versailler Vertrags für angemessen hielt, egal, unter welchem Maßstab, und Rathenau machte da keine Ausnahme. Eine absichtliche Überforderung zum Zweck des Ruins des ganzen Landes? Die Fortführung des Krieges mit den Mitteln des Friedens?

Nun könnte man sagen, die Deutschen hatten seit Kriegsende 1918 mehr als drei Jahre Zeit gehabt, sich an die Reparationsforderungen zu gewöhnen. Nein, hatten sie nicht. Mit der Höhe der Reparationsschuld waren sie erst im Vorjahr konfrontiert worden. Am 27. April 1921 nannten die Alliierten die Summe: 132 Milliarden Goldmark, zahlbar in drei Tranchen.

Rathenaus entsetzter Kommentar: „Deutschland soll nie in der Lage sein, zu leisten, was es versprochen hat. Es soll jedes Jahr winseln und betteln, entschuldigen und versprechen ...“ Es wäre angewiesen auf die Nachsicht der Sieger, die sich jede Repressalie vorbehielten: „Das ist unmöglich, und darum dürfen wir nicht unterschreiben.“ Doch Walther Rathenau wäre nicht Walther Rathenau gewesen, hätte er dem nicht noch einen Nachsatz folgen lassen: „Wir dürfen aber nicht rundweg ablehnen.“

Am 5. Mai 1921 stellten die Alliierten der jungen Republik ein Ultimatum: Bedingungslose Zustimmung binnen sechs Tagen, sonst würde das Rheinland besetzt. Schon am Vortag trat die amtierende Regierung zurück. Rathenaus Artikel erschien am Vortag des Ablaufs des Ultimatums. Die neue Regierung unter dem bisherigen Finanzminister Joseph Wirth nahm es an, wie man eine Last annimmt, die man wohl nicht tragen kann.

Und Wirth berief Rathenau noch im selben Monat zum Minister für Wiederaufbau, im Januar 1922 wurde er Außenminister, schon weil Wiederaufbaupolitik nicht zuletzt Außenpolitik war.

Rathenaus Ratschlag hatte gelautet: Versuchen wir es trotzdem! Wenn die Alliierten unseren guten Willen sehen, werden wir schon zu einem Ausgleich kommen. Am letzten Abend seines Lebens äußerte er, dass er sich wohl geirrt habe. Die „Erfüllungspolitik“ war gescheitert. Insbesondere Frankreich war nicht zur kleinsten Konzession bereit.

Helfferichs Demagogie lag nicht in seiner Schilderung der Lage der Nation, sie lag in der Schuldzuweisung an Rathenau. Ohne Zweifel verstand Helferrich etwas von Geld, schließlich hatte er während des Krieges die deutschen Finanzen verantwortet. Heißt: Kein anderer als er selbst hatte den Grundstein zum monetären Verhängnis gelegt.

Kriegsfinanzierung war bis eben ganz einfach. Es galt die unangefochtene Regel: Der Verlierer zahlt alles. So sah das auch Helfferich, als er am 20. August 1915 vor dem Reichstag

erklärt hatte: „Das Bleigewicht der Milliarden haben die Anstifter dieses Krieges verdient; sie mögen es durch die Jahrzehnte schleppen, nicht wir.“ Er müsste also lediglich eine Zwischenfinanzierung zustande bringen, glaubte der Redner. Die Engländer wählten Steuern, aber das Reich hatte keinen direkten Zugriff auf die Steuern seiner Bürger, das war Ländersache, noch aus Bismarcks Zeiten.

Ohnehin war Deutschland damals eine reine Steueroase, was den Autor des hochinformativen, dabei zugleich hochunterhaltsamen Buches „Die große Inflation“, Georg von Wallwitz, zu der Frage führt: „Hat man aber je gehört, dass eine Steueroase einen Krieg gewonnen hätte?“ Doch das allein erklärt noch nichts, nicht einmal Helfferichs Reaktivierung eines sehr eigentümlichen Finanzprodukts: des Darlehenskassenscheins.

Die Mark war an den Goldstandard gebunden, man konnte sie also nicht willkürlich vermehren, was aber im Sinne des Krieges dringend geboten war. Das ging nur mit der Etablierung dieser Parallelwährung. Wie jedes Finanzprodukt ist es nicht ganz leicht zu verstehen. Den Deutschen war das egal. Sie nahmen den Darlehenskassenschein ohne Fragen an. Geld ist Geld.

Dass man nicht mehr darauf beißen kann, um seine Echtheit festzustellen, daran hatten sie sich gewöhnt. Nur in Goethes „Faust“ war das Papiergeld noch eine Erfindung des Teufels. Geld war, was es im landläufigen Verständnis bis heute ist: etwas Dinghaftes, ein fester Körper. Dabei ist seine Ursprungskonsistenz eher gasförmig. Es ist geronnenes Vertrauen. Daran dachte damals keiner. Was eine Inflation ist, wusste auch kaum jemand. Höchstens die Historiker: Die unkontrollierte Ausweitung der Geldmenge war mitschuld am Untergang des Römischen Reiches, und auch die Französische Revolution endete in einer großen Inflation.

Der Finanzmann Helfferich wusste das sehr wohl, aber selbst wenn er es gewollt hätte: Kein Finanzminister kann im Krieg sparen. Sollten die Generäle nachher sagen: Hätten wir mehr Kanonen bekommen, wir hätten diesen Krieg gewonnen!? So beschränkte sich Helfferich, Wallwitz zufolge, auf den haushaltspolitischen Hinweis an die Generäle: Wer die Millionen nicht ehrt, ist der Milliarden nicht wert!

Und trotzdem: Unmittelbar nach dem Krieg war die Inflation noch kaum spürbar. Und der neue Mann der Finanzen Matthias Erzberger wusste auch schon, wie sie wieder ins Lot zu bringen waren: durch das „Reichsnotopfer“, eine einmalige Vermögenssteuer. Durch die allgemeine Wehrpflicht habe man zwar die Leiber mobil gemacht, aber nicht Kapital und Besitz: „Nur das Blut, nicht auch das Gut verlangte man freiwillig und ohne Zinsen für das Vaterland.“ Hätte man vielleicht die großen Kriegsgewinnler besteuern sollen?

Das Reichsnotopfer sah zehn Prozent auf 50 000 Mark vor, wer mehr besitzt, beschloss Erzberger, zahlt mehr. Wenn es sein muss, auch in Raten, damit es weniger weh tut. Die Besitzenden erwiesen sich als sehr erfinderisch in der Umgehung des Reichsnotopfers, und sie konnten das sogar begründen: Es fließt doch ohnehin alles ins Ausland! Sie begrüßten die Inflation aufs Wärmste: Je mehr die Mark verfiel, desto weniger mussten sie zahlen.

Überhaupt hatte man nach Kriegsende ganz andere Ängste als die vor einer Inflation. Würde die Arbeiterklasse jetzt nach russischem Vorbild alle Industrien verstaatlichen? Walther Rathenau hatte im Grunde nichts dagegen, er plädierte längst für Mischformen zwischen

Staats- und Privatwirtschaft. Vielen galt der Erbe der AEG, sesshaft in unzähligen Aufsichtsräten, als ausgemachter Sozialist. „Jesus im Frack“, nannten ihn seine Skeptiker.

Den Krieg war für Rathenau ein „Fest des Todes“, von Anfang an. „Warum führen wir ihn überhaupt?“ Er wusste keine Antwort, hatte aber umgehend die „Kriegsrohstoff-Abteilung“ übernommen und hier auf äußerst erfolgreiche Weise die Planwirtschaft eingeführt. Und noch im Herbst 1918 war er maßgeblich an dem beteiligt, was als „Stinnes-Legien-Abkommen“ in die Geschichte einging. Die Unternehmen erkannten die Gewerkschaften als berufene Vertreter der Arbeiterschaft an und: Achtstundentag bei vollem Lohnausgleich! Für solche Forderungen hätte man die Proletarier vor 1914 noch ausgelacht. Es war der Preis für den Revolutionsverzicht. Auch hatte jeder Kriegsheimkehrer Anspruch auf seinen früheren Arbeitsplatz!

Sechs Millionen Frontsoldaten mussten wieder in die Gesellschaft integriert werden, die Wirtschaft auf Friedensproduktion umgestellt werden. Jetzt das Geld zu verknappen, hieß die Nachfrage, die nach einem Krieg ohnehin zurückgeht, vorsätzlich zum Erliegen bringen. Es gab für wahr größere Aufgaben als die Verhütung einer Inflation, so sah das auch Rathenau.

Bei den Versailler Friedensverhandlungen war Deutschland gar nicht zugelassen gewesen, im Juli 1920 wollten die Siegermächte dann aber doch hören, was das Land liefern könne. Walter Rathenau und Hugo Stinnes begleiteten die deutsche Delegation. Stinnes, Sohn eines Mühlheimer Kaufmanns, der es zum Großindustriellen gebracht hatte, warnte die Sieger, sich bei Strafe eines neuen Krieges die geforderte Kohle mit Gewalt zu holen. Wahrscheinlich dachte Stinnes schon damals nicht mehr in Mark. Der Kreis um Rathenau hatte anschließend Mühe, die Wogen zu glätten.

Wenn dieser Krieg irgendeinen Sinn gehabt haben sollte, dann doch nur den einer Neuordnung, ja einer Einigung Europas auf wirtschaftlicher Grundlage. Das war Rathenaus Gedanke. Aber die Alliierten waren noch weit entfernt, ihn zu verstehen.

Lange war die Große Inflation von 1922/23 nur eine unter vielen möglichen Entwicklungen gewesen, sagt der Historiker Georg von Wallwitz. Doch auf einen ohnehin sehr ungenuten Cocktail habe das Londoner Ultimatum wie ein Brandbeschleuniger gewirkt. Nach seiner Veröffentlichung war Deutschland in den Augen der Devisenhändler erledigt, Spekulation gegen die Mark ging immer auf. Hugo Stinnes baute inzwischen ein Firmenimperium auf Mark-Krediten auf, die sich von selbst verflüchtigten und verkaufte gegen hartes Geld ins Ausland. Und die Goldenen Zwanziger?

Spekulanten finanzierten die legendäre, frivole Vergnügungsindustrie Berlins und waren zugleich ihre besten Gäste. Denn nachdem man tagsüber Millionen verdient hatte, musste man abends noch irgendwo hingehen.

Alles aber entschied der Mord an Walther Rathenau. Inflationsschübe sind plötzliche Vertrauensverluste. Und mit dem deutschen Außenminister verlor im Frühsommer 1922 das Inland wie das Ausland das letzte Vertrauen in die Weimarer Republik. Am Tag des Attentats im Juni 1922 gab die Mark fünf Prozent gegenüber dem Dollar nach. Ende August nochmals 61 Prozent, am Jahresende waren es 93 Prozent. Die galoppierende Inflation war zur Hyperinflation geworden.

Im Ausland ist man geneigt, die „German Angst“, das deutsche Sicherheitsdenken überhaupt, wahlweise übelzunehmen oder milde zu belächeln. Aber mit dem Geld löste sich damals auch die Gesellschaft auf. Alles, was man die öffentliche Ordnung nennt.

Das ist heute nicht zu befürchten. Viele der Faktoren von damals fehlen, doch dass wie im Fall der schwachen Weimarer Kabinette auch der Euro-Raum keine starke, handlungsfähige Zentralregierung besitzt, erscheint Georg von Wallwitz doch bedenklich.